

*Ursprünglicher Antrag an die 2. Tagung des 8. Landesparteitags der LINKEN Hamburg am 24./25.6.2023; AntragstellerInnen: AG Frieden und internationale Politik, ...
Beschlossen durch den Bezirksvorstand DIE LINKE Hamburg-Nord am 28.06.2023*

Die Waffen nieder und den Frieden gewinnen! Die LINKE Hamburg und die Beendigung des Ukrainekriegs

Was am Ausgang des Ukrainekriegs stehen wird, liegt auf der Hand. Entweder eine neue Ära des Friedens, der Verständigung und der Zusammenarbeit oder ein Hinabsinken der Welt in eine enthemmte Phase von Machtkämpfen, deren mögliches Ausmaß im atomaren Zeitalter jeder erahnt – und niemand wollen kann.

Doch die Regierungen der mächtigsten Staaten sind nicht willens, dem Friedenswillen der Weltbevölkerung Geltung zu verschaffen, sie hindern ihn sogar und versuchen, die Bevölkerungen im Sinne von „Teile und herrsche!“ gegeneinander aufzuhetzen. Zu groß ist die profitgetriebene Gier nach Rohstoffen, Absatzmärkten und Einflusszonen.

Die Bevölkerungen selbst müssen sich also erheben und das Heft des Handelns in die Hand nehmen. Wenn sie das Waffengeklirre nicht mehr mitmachen, wird Frieden herrschen. Wenn sie sich gegenseitig nicht mehr aufstacheln lassen, werden die internationalen Beziehungen von Respekt und Völkerverständigung bestimmt sein. Wenn sie die Ausbeutung und koloniale Unterdrückung Ihresgleichen nicht mehr dulden, wird der Reichtum der Welt solidarisch geteilt und vernünftig vermehrt – damit kein Mensch mehr Hungers sterben muss und alles zum gemeinsamen Nutzen grundlegend verändert wird. Denn die „drüben“ sind genauso Menschen wie die „hüben“.

Die LINKE Hamburg lehnt den Angriff Russlands auf die Ukraine ab. Wir fordern beide Seiten zu sofortigen Waffenstillstandsverhandlungen auf. Die Bundesregierung muss alles unternehmen, um eine solche Verständigung zu ermöglichen, in erster Linie müssen Waffenlieferungen sofort eingestellt werden - jede Waffe verlängert den Krieg. Wir begrüßen die Bemühungen um Frieden von Brasiliens Präsident Lula, die Bereitschaft des Vatikans zur Vermittlung, das Zwölf-Punkte-Papier von Chinas Regierung zur politischen Lösung des Konflikts sowie die Friedensinitiative von Südafrika, Sambia, Senegal, der Republik Kongo, Uganda und Ägypten. Frieden in der Ukraine und weltweit kann gewonnen werden, wenn das Völkerrecht mit seinem Gewaltverbot und Friedensgebot neue Beachtung erfährt. Wenn die Souveränität und Gleichberechtigung eines jeden Staates, ohne Ansehen seiner Größe, seiner wirtschaftlichen Macht oder seines politischen Systems, mit dem Zweck respektiert werden, ein menschenwürdiges Leben überall auf der Welt zu schaffen. Daher müssen insbesondere die starken Länder von jeder Form von Einschüchterung, Bedrohung oder Erpressung, sei es militärisch, ökonomisch oder medial, gegenüber anderen Staaten Abstand nehmen. Statt Feindbilder, Vorurteile und Ressentiments zu schüren, braucht es Rationalität, Verstehen und Verständigung in der Weltgemeinschaft.

Die ukrainische Zivilbevölkerung, im Westen wie im Osten, muss geschützt und Geflüchteten, egal aus welchem Land, eine menschenwürdige Zuflucht verschafft werden. Gleiches gilt für Kriegsgefangene und Deserteure. Der Wiederaufbau des Landes muss gewährleistet werden, koordiniert von den UN. Der Export von Getreide, Öl und anderen Gütern, der für die Länder des globalen Südens lebenswichtig ist, muss sichergestellt werden. Ebenso die Lieferketten.

Dies sind notwendige erste Schritte, um Frieden und soziale Gerechtigkeit dauerhaft zu schaffen. Ein Paradigmenwechsel in den internationalen Beziehungen ist unumgänglich: von der Machtpolitik hin zur Kooperation. Dafür ist eine gestärkte internationale Friedensbewegung erforderlich. Sie muss einig sein, um wirkungsvoller zu werden, klar in den Aussagen, überzeugend in den Argumenten und konsequent im Wirken; daher ist ihre Pluralität eine Stärke in der Einigkeit für das Ziel einer menschenwürdigen Welt. Die LINKE ist Teil der Friedensbewegung und wird sich noch stärker um eine solche Einigkeit in der Friedensbewegung bemühen.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den Versuchen von Rechtsextremen, die Friedensbewegung zu okkupieren und zu zerstören. Rechte Friedensrhetorik ist Lüge und Heuchelei. Sie zielt darauf ab, die Bewegung zu spalten, Verwirrung zu stiften und dem Anliegen der Friedensbewegung zu schaden. Genauso, wie es die Nazis machten, als sie sich bis zum Einmarsch in Polen im September 1939 – brüllend – als friedliebende Kraft stilisierten. In Wahrheit bedeutet Rechtsextremismus nichts anderes als schärfste Diktatur und Ausbeutung, brachialster Militarismus, Nationalchauvinismus und härteste Ungleichheitsideologie. DIE LINKE Hamburg wird alles dafür tun, dass diese Kräfte keinen Fuß fassen. Für die LINKE ist unhintergebar: Pazifismus und Antimilitarismus sowie Antifaschismus und das Ringen um sozialen Fortschritt gehören untrennbar zusammen.

Unsere Kernforderungen lauten:

- Keine Lieferung von Waffen, dafür Unterstützung von Diplomatie.
- Abrüsten statt Aufrüsten, Umwidmung des 100-Milliarden-Euro-Pakets für soziale Belange.
- Menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten und Deserteuren.
- Beitritt der Bundesrepublik zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag.
- Beendigung aller Rüstungsexporte und Einstieg in die Rüstungskonversion, gesetzlich verankerte Zivilklausel für alle Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
- Keine öffentlichen Gelöbnisse und keine Bundeswehrwerbung, insbesondere an Schulen und in der Öffentlichkeit nicht, Verbot von Lobbyarbeit für Rüstungsunternehmen.
- Keine Einziehung von Jugendlichen unter 18 Jahren in die Bundeswehr.
- Sofortiger Abbruch des „Air Defender 23“-Manövers, der größten NATO-Übung von Luftstreitkräften mit 10.000 Soldaten und 220 Militärflugzeugen von 25 Staaten im europäischen Luftraum unter der Leitung der Bundeswehr.
- Auflösung aller Militärblöcke, daher Austritt der Bundesrepublik aus der NATO.
- Demilitarisierung der EU und ein kollektives europäisches Sicherheitssystem unter Einchluss Russlands.
- Eine neue Entspannungspolitik mit dem Wiederaufleben von Städtepartnerschaften, Wissenschafts- und Kulturaustausch auch mit Russland statt Sanktionen gegen welches Land auch immer.